Donnerstag, 16. November 1922 Einzelnummer 50 Mark. 61. Jahrgang. Nr. 260.

Bezugspreis monatlich M
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungsboten 800.—
am Postamt 880.—
ins Ausland 200 deutsche M.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 40.— M. Reklameteil. 140.— M.
Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 15.— d. M. Reklameteil 50.— d. M.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Polska jest państwem narodowości.

Polen ist ein Nationalitätenstaat. Das ist eine Tatsachenwahrheit, nicht eine Erfindung des „Posener Tageblatts". Polen ist tatsächlich seiner ethnographischen Beschaffenheit nach ein Nationalitätenstaat. Die deutschen Staatsbürger Polens haben tatsächlich das Recht, sich um die Wirtschaft im polnischen Staate zu kümmern.

Angesichts dieser Tatsachen berührt uns die Warnung des „Kurjer Pozn." in seinem Leitartikel vom Sonntag, die am Dienstag mit besonderer Zuspitzung gegen die Juden wiederholt wurde, sehr eigenartig. Der „Kurjer" verabscheut jede Teilnahme nichtpolnischer Elemente an der Regierung des Staates. Er will, daß die Stimmen der nationalen Minderheiten bei der Entscheidung von Fragen der polnischen Politik und der inneren Angelegenheit nicht in die Wagschale geworfen werden. Ja, er will nicht einmal eine Regierung, die sich auf die Minderheiten stützt. Wir stellen eine Gewissensfrage an den „Kurjer": Würde er dieselben Ansichten vertreten, wenn die nationalen Minderheiten Hand in Hand mit den Parteien der Rechten gingen, oder handelt es sich nur darum, die Linke zu diskreditieren? So, wie diese „politischen" Grundsätze der Leute von der 8 im „Kurjer" stehen, bedeuten sie die völlige Entmündigung und Rechtlosmachung der nationalen Minderheiten. Die allgemein anerkannten Rechte der Demokratie gelten dem „Kurjer" für nichts. Die Verfassung ist ihm ein Fetzen Papier und weiter nichts. Der national-polnische Block zeigt in dem Aufsatz des „Kurjer" seine minderheitsfeindliche, von blindem nationalistischen Haß erfüllte Gesinnung. Es genügt ihm nicht, diese Gesinnung zu äußern, was ja auch angesichts der nicht wegzubringenden Wahlergebnisse erfolglos wäre. Aufgebracht über diese ihm sehr unangenehmen Ergebnisse greift er jedoch zu Warnungen und Drohungen. Er stellt die Deutschen vor eine von ihm konstruierte Entscheidung: Entweder sollen sie sich entschließen, loyale Staatsbürger zu sein und auf die Rolle eines Werkzeuges der deutschen Politik verzichten oder die Vorhut des Deutschtums auch innerhalb des polnischen Staates zu sein. Im letzteren Falle würden sie als innere Feinde behandelt werden.

Wir sehen, daß der „Kurjer" in seinem chauvinistischen Wahn ebensowenig imstande ist, die Tatsachen klar zu sehen, wie in seinen Darlegungen die Gesetze der Logik zu beobachten. Wir machen ihn daher aufmerksam auf die Tatsache, daß die Teilnahme der Deutschen an den Sejm- und Senatswahlen, wobei sie teilweise sogar für polnische Listen mitstimmten, das deutlichste Kennzeichen davon ist, daß die Deutschen loyale Staatsbürger sein wollen. Wenn wir wirklich den polnischen Staat vernichten wollten, so hätten wir nichts Besseres tun können, als alle geschlossen für die Liste 8 zu stimmen. Denn die abenteuerliche Politik der Leute von der „Hyäne" würde die wirtschaftliche Not ganz ungeheuer vermehren, den Staat nach außen hin jedes Ansehens berauben und wohl gar zu einem Kriege führen. Wir haben sie aber nicht unterstützt und dadurch bewiesen, daß wir bemüht sind, das wahre Wohl des polnischen Staates zu fördern. Wir haben, wo es angebracht war, die Linke unterstützt, deren Politik die wahren Interessen des polnischen Staates im Auge hat. Auch schon im alten Sejm haben die deutschen Vertreter diese Grundsätze verfolgt, ja sie haben sogar mit der Rechten zusammen für die Einrichtung eines Senates gestimmt. Das kam der Rechten damals sehr gelegen. Sie nahm die deutschen Stimmen gern an und machte allerlei Versprechungen, die dann freilich nicht gehalten wurden. Infolge dieses Wortbruches, infolge der ganzen minderheitsfeindlichen Haltung der Rechten wurde die deutsche Minderheit mehr und mehr auf die Seite der Linken gedrängt. Infolge der Annahme der Wahlordnung, die nach Aussage des Paters Lutostawski direkt gegen die Minderheiten gerichtet war, kam es dann zur Bildung des Minderheitenblockes. Die Minderheiten sind nun einmal da. Sie wollen nicht nur einfach existieren, sondern auch, wie jeder Bürger eines modernen Staates, eine Vertretung im Parlament haben, die dem Prozentsatz ihrer Bevölkerung im Staate entspricht. Besonders die Deutschen wollen keineswegs hier eine reichsdeutsche Politik treiben, was auch ganz unmöglich wäre, —, eine deutsche Politik aber, d. h. **eine deutsche Minderheitspolitik im Rahmen der polnischen Staatlichkeit** wollen sie treiben.

Wir machen den „Kurjer" ferner auf die logische Folgerung aufmerksam, die sich aus unseren Darlegungen ergibt, nämlich die, daß es ein Wahnsinn ist, und den völligen Bankrott des politischen Denkens bei der Hyäne anzeigt, wenn der „Kurjer" wegen dieser Ausübung unserer Staatsbürgerrechte, die zu dem für ihn unangenehmen Wahlergebnis führte, uns bedroht.

Wir sind allerdings geneigt die Drohungen des „Kurjer" nicht ganz ernst zu nehmen. Wir sind nicht so leicht zum Gruseln zu bringen. Man denke es sich: die nationalgesinnte polnische Straße erhebt sich, in erster Linie gegen die Juden, gleichzeitig auch gegen die Deutschen, die, „um eine politische Rolle zu spielen", wie der „Kurjer" sagt, ihr Bündnis mit den Juden in allen Minderheitsfragen aufrecht erhalten. Bei irgend einer Gelegenheit wird die Straße in Bewegung gesetzt. Man schlägt und mißhandelt Juden und Deutsche, zertrümmert Schaufenster und plündert die Läden. Bei dieser Gelegenheit leistet sich natürlich die Straße auch Uebergriffe, kommunistische Elemente und allerlei Radaubrüder, die von Politik keinen Schimmer haben, benutzen die Gelegenheit zu Ausschreitungen, Raub und Diebstahl. Schließlich werden ebenso viele polnische Läden in Mitleidenschaft gezogen wie deutsche. Infolgedessen wird die Polizei aufgeboten. Bei dieser Gelegenheit kommt es unter Umständen zu blutigen Zusammenstößen, bei denen wohl gar Vertreter des Staates oder städtischer Behörden tätlich angegriffen werden. Die Folgen sind Schadenersatzansprüche, Prozesse, Haß, Verbitterung, Aerger, ein gefährliches Sinken der öffentlichen Autorität und allgemeine Geschäftsstörung. Sofort verbreitet sich im Auslande die Nachricht von Pogromen, das Ansehen des polnischen Staates sinkt bedeutend, sein guter Name wird mit Schmutz beworfen und das allgemeine Vertrauen geschwächt. Die Valuta sinkt, und die Hyäne hat den Beweis geliefert, daß sie allein der Faktor ist, der durch seine Banditenpolitik die Vernichtung Polens herbeiführen kann.

Angesichts der sehr weitgehenden Versprechungen der 8 bei der Wahlagitation, der ständig wiederholten Anklagen gegen die unfähigen Linksregierungen werden derartige Pogrome auf innenpolitischem Gebiete äußerst schädlich für die Rechte wirken, die sich zum guten Teil auf die ruheliebenden bürgerlichen Elemente stützt. Eine furchtbare Verteuerung würde die weitere Folge sein und alle Versprechungen der Hyäne würden Lügen gestraft. Dahin aber darf sie es nicht kommen lassen.

Der „Kurjer" versteht nicht mit der Psychologie der Deutschen zu rechnen. Diejenigen Deutschen, die bis jetzt hier geblieben sind, lassen sich nicht so leicht einschüchtern. Von irgend einem politischen Gedanken, von irgend welchem politischen Takt ist keine Spur in den Droh- und Hetzartikeln des „Kurjer" zu finden.

Wir bleiben bei unserer Behauptung: Polen ist ein Nationalitätenstaat. Wir pochen uns auf den politischen Brauch aller modernen Staaten, daß alle Bürger gleiche Rechte haben. Auch hier in Polen, auch durch die polnische Verfassung sind uns diese Rechte gesichert. Es wäre ehrlos, gegenüber dem chauvinistischen Drohen mit brutaler Gewalt auch nur einen Schritt zurückzuweichen. Wir haben ein gutes Gewissen. Wir sind loyale Staatsbürger. **Wir erwarten mit völliger Ruhe die polnische Straße.** Unsere Abgeordneten werden sich nicht beirren lassen. Sie werden unsere deutsche Minderheitenpolitik im Rahmen der polnischen Staatlichkeit und in Verbindung mit den Juden und den anderen Minderheiten durchführen. Wir werden es nicht vergessen, mit welcher brutaler Offenheit der „Kurjer" seinen rohen banditischen Standpunkt, seinen Verzicht auf alle wirklich politischen Mittel zur Durchführung seiner „Politik" kundgetan hat.

Nach den Wahlen.

Die Ergebnisse der Senatswahlen in 11 Wojewodschaften.

Die „Rzeczpospolita" stellt die Ergebnisse der Wahlen zum Senat in 11 Wojewodschaften (von im ganzen 16) und in der Stadt Warschau zusammen. Auf diese Bezirke entfallen 70 Mandate (von im ganzen 88). Die Verteilung dieser 70 Mandate ist folgende: 11 Mandate fielen auf Liste 1, 5 bis 8 Mandate auf Liste 2, 5 Mandate auf Liste 3, 2 Mandate auf Liste 7, 31 oder 32 Mandate auf Liste 8, 7 bis 10 Mandate auf Liste 16, 4 Mandate auf Liste 23 (galizische Zionisten). Die voraussichtliche endgültige Verteilung wird wahrscheinlich etwa die Hälfte der Mandate auf die Liste 8 fallen lassen. Ungefähr ein Viertel der übrigen Mandate wird wahrscheinlich der Liste 16 zufallen.

Die Wahlen in Ostgalizien.

Aus Lemberg wird gemeldet, daß in den ostgalizischen Kreisen die Ruthenen in einer Stärke von ungefähr 50 v. H. sich an den Wahlen beteiligten. Die Wojewodschaft Tarnopol wird nach dem bisherigen Ergebnis 2 Senatoren der Liste 1 in den Senat entsenden, 2 Senatoren der Liste 8 und einen Senator der Liste 23.

Die Dienstagsitzung des Hauptwahlausschusses.

Am Dienstag vormittag fand eine Sitzung des Hauptwahlausschusses unter Vorsitz des Kommissars Brzezowicz statt. Es wurden die Ergebnisse der Wahlen zum Sejm in 32 Wahlkreisen festgestellt. Aus 21 Kreisen fehlten noch die Protokolle. Der Vorsitzende stellte an die anwesenden Vertreter der einzelnen Wahllisten die Frage, wie verfahren werden solle bei Zählung der auf die einzelnen Staatslisten entfallenden Mandate, wenn der Divisor weniger sei als 5 und mehr als 4. Der Ausschuß war einstimmig der Ansicht, daß der höhere Bruchteil vor dem niedrigeren berücksichtigt werden müßte. Dann stellte der Bevollmächtigte der Liste 5, Herr Ostrowski, den Antrag, der Hauptwahlausschuß möge angesichts der Verhaftung eines neugewählten Abgeordneten sein Gutachten dahin abgeben, daß das dem Gewählten im Sinne des Art. 93, Abs. 5 der Sejmwahlordnung ausgestellte Beglaubigungsschreiben die Abgeordnetenlegitimation ersetzt, und daß deshalb der Abgeordnete nicht verhaftet werden kann. Der Ausschuß beschloß einstimmig, diesen Antrag nicht zu erörtern, wobei er von dem Standpunkt ausging, daß er nicht berufen sei, ein juristisches Gutachten abzugeben, und daß die Entscheidung der Frage der Unantastbarkeit des gewählten Abgeordneten in dem Bereich des zuständigen Gerichts auf den Instanzenweg gehört. Die Meinung des Staatsausschusses kann für das Gericht nicht maßgebend sein. Damit wurde die Sitzung geschlossen.

Republik Polen.

Vom Ministerrat.

Die nächste Sitzung des Ministerrates findet am Donnerstag, dem 16. d. Mts. statt.

Militärdiktatur in Ostgalizien?

Nach einer Warschauer Meldung hat der Armeeinspektor General Haller vom Ministerrat zwecks Gewährleistung der Ruhe in den Wojewodschaften Lemberg, Tarnopol und Stanislawow militärische und teilweise administrielle Vollmachten erhalten.

Das Plaidoyer des Staatsanwalts im Fedakprozeß.

Aus Lemberg wird gemeldet: In der Montagsverhandlung gegen Fedak wurde zunächst der Beschluß des Gerichtshofes über den am letzten Verhandlungstage gestellten Antrag der Verteidigung, die 45 Geschworenenfragen durch Hinzufügen von Fragen der Verteidigung zu ergänzen, andererseits aber einige Worte und Hauptfragen zu streichen, verkündet. Der Beschluß lautete ablehnend. Darauf ergriff der Staatsanwalt Guertler das Wort. Er betonte zu Beginn seiner Anklagerede, daß das polnische Volk im Augenblick der Wiedererlangung der politischen Freiheit die Bruderhand zu gemeinsamer Arbeit mit den Ukrainern ausgestreckt habe, daß sie aber ausgeschlagen worden sei. Durch teuflische Einflüsterungen seien Gewalttätigkeiten und Verrat geboren worden. Selbst wenn ihn dasselbe Los treffen sollte, wie es die traf, die auf die ukrainische schwarze Liste gesetzt worden sind, so werde er, der Staatsanwalt, doch nicht die Wahrheit verhüllen, sondern vielmehr ihren Schleier zerreißen. „Die Verteidigung hat", sagte der Staatsanwalt weiter, „stundenlang von Dingen gesprochen, die mit dem Anklageakt nichts Gemeinsames hatten, und wollte durch diese Methode das Verbrechen motivieren. Man bemühte sich, das Unrecht zu schildern und den Nachweis zu erbringen, daß die Tat Fedaks die Folge dieses Unrechts gewesen sei. Wenn die ukrainische Jugend in polnischen Schulen ihre Schulbildung genießen will, wird sie boykottiert, diejenigen, die ihre Hand zur Versöhnung reichen, setzt man auf die schwarze Liste, und auf die Bauern, die sich den Frieden wünschen, werden Anschläge verübt. Mit der Parole „Tod den Verrätern" zwingt man das ukrainische Volk zur Solidarität. Die Methode der Verteidigung will die polnische Regierung in den Anklagezustand versetzen." Was die Beweggründe, die Fedak zu seiner Tat geführt haben, betrifft, stellte der Staatsanwalt fest, daß sie der Angeklagte gleich nach dem Anschlage vor der Polizei und vor Gericht offen bekannt habe. Bei der Gerichtsverhandlung sei jedoch infolge der Taktik und der Bemühungen der Verteidigung sein Bekenntnis zurückgezogen worden. Das wesentliche Mittel der Verteidigung Fedaks ist der Gehorsam gegenüber denen, die ihm diese Verteidigung befahlen. Der Staatsanwalt fragt Fedak, ob er von der furchtbaren Morden von Frauen und Kindern und von den Internierungen, von all den am polnischen Volk verübten Morden nichts gehört hätte, und erklärt dann, daß die Schulen und Lehranstalten für die ukrainische Jugend offen stehen und niemand ihrer Ausbildung Hindernisse in den Weg lege. Es gäbe aber sicherlich in der ganzen Welt keine Regierung, die dem Bestehen von geheimen Universitäten, in denen eine politische Aktion betrieben wird, die mit den Strafgesetzen im Widerspruch stehen, ruhig zusähe. Fedak beklagt sich über die polnische Kolonisation, die den ukrainischen Bauern angeblich ihre Arbeitswerkstätten nehme. Warum sind wir aber — sagt der Staatsanwalt — Zeugen davon, daß vom Zbrucz bis zum San diese Arbeitsstätte in Flammen steht. Keiner der Verteidiger hat erwähnt, daß das, was sich der polnische Bauer und der polnische Bürger erarbeitet haben, abgebrannt ist. Die Grundlage für die Motive Fedaks konnte nur der Gram über das Verlorene sein, über das, was der Gipfel seiner Wünsche war, und was ihm das Schicksal entriß. Das ist aber kein schönes Gefühl und kein heldenhaftes Empfinden, weil es das Gefühl der Rache und des Hasses ist. Nicht wir sollen darüber urteilen, ob Fedak ein Held seiner Nation ist, wir sollen seine Tat vom Standpunkt der Justiz, der Ordnung im Staate und dessen Interessen beurteilen. Das, was Fedak getan hat, ist mit der Tätigkeit der andern Angeklagten gemeinsam. Deren Aktion aber ist nicht der Ausdruck der Bestrebungen der ukrainischen Nation, die Frieden verlangt, sondern nur der Ausdruck von Bestrebungen einer bestimmten organisierten Gruppe, die um jeden Preis das polnische Leben zerstören will. Nach dem Anschlag hat die Jugend in einer Versammlung Hochrufe auf Fedak ausgebracht und beschlossen, seine Methoden fortzusetzen. Das Organ dieser Jugend, „Nasz Szlach", nennt unsern Helden die Bande des Iwaszkiewicz. — Der Staatsanwalt fordert die Geschworenen auf, bei Abmessung der Strafe sich von Unparteilichkeit und Gerechtigkeit leiten zu lassen und kein Urteil zu fällen, daß den Anlaß zu Rachetaten und Vergeltungsmaßnahmen bilden könnte.

Neue Gesetzesvorlagen im schlesischen Sejm.

Aus Kattowitz wird gemeldet: Die Wojewodschaft hat einen Regierungsentwurf ausgearbeitet, dem schlesischen Sejm folgende Gesetze vorzulegen: 1. Ein Gesetz über den Staatsdienst und die sog. Dienstpragmatik in der schlesischen Wojewodschaft. 2. Ein Disziplinar- und Verifikationsgesetz. 3. Ein Ruhestandsgesetz. — Sobald diese Gesetze vom Sejm angenommen und dadurch rechtsgültig werden, erhalten alle Beamten der Wojewodschaft nach vorhergehender Verifizierung seitens des Verifikationsausschusses ihre Dekrete. Auch werden die Gehälter und Emeriturен festgesetzt und die disziplinaren Angelegenheiten, die infolge Mangels eines entsprechenden Gesetzes nicht in die Wege geleitet werden konnten, erledigt werden.

Die Einführung der polnischen Mark in Oberschlesien

In der Sitzung des Valutaausschusses des Schlesischen Sejm, die am Dienstag stattfand, wurde die Frage der Einführung der polnischen Mark in Oberschlesien grundsätzlich erörtert. Es wurde insbesondere die Frage berücksichtigt, welchen Einfluß diese Neuerung auf die Produktionsbedingungen, besonders aber auf die Ausfuhr, ausüben würde. Es besteht der Zweifel, ob nicht die Einführung der polnischen Mark eine Krise nach sich ziehen würde. Im Laufe der Diskussion wurde die sehr wichtige Frage berührt, mit welcher Valuta man den Kohlenpreis bezeichnen könnte. Die Grubenvertreter legten dem Ausschusse ein vom polnischen Regierungskommissar für Kohlenfragen unterzeichnetes Dokument vor, das die Festsetzung der Preise in polnischer Mark verbietet. Der Vertreter der Regierung, der bei der Sitzung zugegen war, teilte in seiner Antwort mit, daß die Maßnahme des Kommissars zurückgezogen werde. Zum Schluß einigte sich der Ausschuß darüber, daß die Valutaklausel in Oberschlesien nur dann vermieden werden könne, wenn die Regierung entsprechende Maßnahmen auf dem Gebiete des Verkehrs treffe.

Pressestimmen.

Die Rechte und die Witospartei.

Der „Kurjer Łódzki", das Lodzer Organ des nationalpolnischen Zentrums, der bisher in ständigem Kontakt mit dem Christlichen Verband der Nationalen Einheit (Hyäne) stand, bringt sensationelle Einzelheiten aus Warschau. Der Warschauer Korrespondent dieses Blattes schreibt:

Im Lager der Rechten, d. h. des Christlichen Verbandes der nationalen Einheit, herrscht anläßlich des Ergebnisses der Wahlen für den Sejm eine ernste Niedergeschlagenheit, da sich die Hyäne im Vergleich zu den linksstehenden Parteien in der Minderheit befindet.

Weil nach den Neuwahlen zum Sejm die Zentrumsgruppen vom Schauplatz der Sejmpolitik verschwunden sind, war die Rechte bereits bemüht, Verhandlungen mit dem Führer der linksstehenden Bauern, Witos, in Sachen der zukünftigen Sejmpolitik anzuknüpfen. Wie jedoch verlautet, blieben diese Versuche infolge der unversöhnlichen Haltung des Herrn Witos gegenüber der Rechten ohne Erfolg.

Nach den ersten Berechnungen des Wahlergebnisses befaßten sich die Führer des Rechtsblocks mit den Vorbereitungen zur Wahl des Präsidenten der Republik. Zu diesem Zweck wurde angeblich von rechter Seite sogar versucht, in dieser Angelegenheit mit dem Staatschef in Verhandlungen einzutreten. Gegenwärtig wird nun gerade von dieser Seite aus das Gerücht verbreitet, daß das Projekt eines vorläufig unverbindlichen Meinungsaustausches mit Vertretern der Rechten über das Thema der Wahl des Präsidenten der Republik vom Staatschef ausgegangen sei. Dieses Gerücht entbehrt jedoch jeder Wahrscheinlichkeit, besonders jetzt nach den erbitterten Angriffen der Rechten auf den Staatschef im Wahlkampf. Wahrscheinlicher ist daher schon die Annahme, daß Annäherungsversuche an das Belvedere vom Rechtsblock ausgehen, da das Wahlergebnis, das den Zentrumsgruppen eine Niederlage brachte, die Rechte gleichzeitig in eine ganz unerwartete und fast kritische Lage versetzte. Nach der ablehnenden Antwort, die sie von Witos erhalten, versucht es die Rechte nunmehr mit dem Belvedere. In den Kreisen der Rechten spricht man schon fast gar nicht mehr von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten für den Posten des Präsidenten der Republik, die Stimmen der Rechten sollen für Josef Pilsudski abgegeben werden.

In Gesprächen mit Vertretern der Zentrumsgruppen erklärte der Sejmmarschall, daß die Niederlage, die die Zentrumsgruppen bei den Wahlen für den Sejm erlitten, von der Rechten nicht nur nicht beabsichtigt war, sondern für diese eine überaus traurige Tatsache darstelle, die man durchaus nicht voraussah. Das Fehlen gemäßigter Gruppen im zukünftigen Sejm sei eine wahre Katastrophe und dürfte bedrohliche Folgen nach sich ziehen, da sie die Rechte und Linke Auge in Auge gegenüberstelle und den Sejm eines Faktors beraube, der stets bereit war, die Rolle des Vermittlers zu übernehmen.

Die Rechte und Pilsudski.

Die Mitteilung des „Kurjer Łódzki" von dem Versuch der Rechten, sich der Witospartei zu nähern, wird von dem „Bromberger „Deutschen Rundschau" folgendermaßen ergänzt und in eine besondere Beleuchtung gerückt: „Wie wir zuverlässig erfahren haben, wurden die Annäherungsversuche des Rechtsblocks an den Staatschef Pilsudski auf Anregung des französischen Gesandten in Warschau, Panafieu, eingeleitet, der auf die großen Gefahren hinwies, die den französisch orientierten Rechtsparteien durch einen Josef Pilsudski entstehen würden, der mit allen im polnischen Staatsgebiet lebenden Nationen, nämlich den Polen, Deutschen und Russen gegen Frankreichs Vasallenpolitik in Opposition stehen würde.

Ein Presseprozeß.

Die dritte Strafkammer des Posener Bezirksgerichts verhandelte am 14. November gegen den Hauptschriftleiter des „Posener Tageblatts" Dr. Wilhelm Loewenthal, der beschuldigt wurde, wider besseres Wissen unwahre Tatsachen und Behauptungen verbreitet zu haben, die geeignet seien, andere, und zwar zum Teil Beamte, in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen (§ 187 und § 196 des Strafgesetzbuches und § 20 des Pressegesetzes).

Es handelt sich um den Aufsatz „Theorie und Praxis" in der Ausgabe des „Pos. Tagebl." vom 8. Juni 1921 (60. Jahrg., Nr. 85), der sich in der Hauptsache mit den Erlebnissen des früheren Domänenpächters Hermann Versen beschäftigte und seine vergeblichen Bemühungen, die ihm schon im Jahre 1919 genommene Domäne Kulm wiederzubekommen, schilderte.

Nach Feststellung der Personalien und Verlesung der Anklageschrift und des inkriminierten Zeitungsaufsatzes erklärte der Angeklagte: „Davon, daß ich wissentlich irgendwelche unwahre Tatsachen behauptet und verbreitet hätte, kann keine Rede sein. Alles, was in dem fraglichen Aufsatz über die Erlebnisse des Herrn Versen gesagt ist, ist einem Bericht entnommen, den Versen an den Sejmabgeordneten Hasbach schrieb, damit dieser den Brief dem damaligen Teilgebietsminister Kucharski vorlegte. Dieser Brief wurde mir in einer von Versen unterschriebenen Abschrift zugeschickt. Ich habe ihn bei mir und kann ihn dem Gerichtshof, wenn es gewünscht wird, vorlegen. Ich hatte keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß das, was Herr Versen einem Sejmabgeordneten zur Verwendung bei den höchsten Behörden mitteilte, wahr war."

In der Zeugenvernehmung kamen zuerst die Beamten der Domänenverwaltung Suchowiak und Dr. Ossowicki zu Worte, dann der von der Domänenverwaltung als Verwalter der Domäne Kulm eingesetzte Gaziorowski, der Pächter des Restgutes Kulm Ciesielski und der frühere Präsident des Urzad Ziemski Dr. Karasiewicz. Sie stellen die in Frage kommenden Dinge anders dar als der inkriminierte Zeitungsaufsatz und bestreiten die Berechtigung der in dem Aufsatz gegen Beamte der Domänenverwaltung erhobenen Vorwürfe.

Vor der Vernehmung des Zeugen Versen stellt der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Glatzer, den Antrag, den Zeugen nicht zu vereidigen, da er sich als Verfasser des Briefes bekennt, auf dem die Darstellung des „Pos. Tagebl." beruht, und somit seine Mittäterschaft in Frage käme. Der Staatsanwalt schließt sich den Ausführungen des Verteidigers an. Der Gerichtshof zieht sich zu kurzer Beratung zurück und beschließt, den Zeugen unvereidigt zu vernehmen.

Der Zeuge Versen schildert den Verlauf der Angelegenheit ungefähr so, wie ihn der Zeitungsaufsatz „Theorie und Praxis" darstellt und weist den früher schon und auch im Laufe der Verhandlung gegen ihn erhobenen Vorwurf, er hätte, als die Domäne Kulm in der Linie der Gefechte zwischen den polnischen und den deutschen Truppen lag, den deutschen Grenzschutz ins Land geführt und ihm das Quartier der polnischen Truppen verraten, nachdrücklichst zurück. Diese Angelegenheit kam zur Sprache, weil sie als angeblicher Beweis für die Gefährlichkeit des Verbleibens Versens in Kulm angeführt wurde und wahrscheinlich der Grund war, daß Versen für längere Zeit in Szczypiorno interniert wurde (während seiner Internierung wurden seine Beamten von der Domäne entfernt und die Verwaltung dem Gaziorowski übergeben).

Der Staatsanwalt hält die Anklage gegen Dr. Loewenthal in vollem Umfange aufrecht und hält es für erwiesen, daß der Angeklagte wissentlich unwahre Behauptungen verbreitet hätte. Er beantragt drei Monate Gefängnis.

Der Verteidiger weist darauf hin, daß nach § 21, Absatz 2 des Pressegesetzes eine Verurteilung nicht in Frage käme, weil hier der dort vorgesehene Fall vorliegt: Die Bestrafung des verantwortlichen Redakteurs bleibt ausgeschlossen, wenn er als den Verfasser oder den Einsender, mit dessen Einwilligung die Veröffentlichung geschah, eine Person nachweist, die usw.

Der Angeklagte erklärt in seinem Schlußwort, er warte noch immer vergeblich auf den Beweis für die Behauptung des Anklägers, er hätte wissentlich unwahre Tatsachen verbreitet. Er müßte freigesprochen werden erstens, weil dieser Beweis nicht erbracht sei, zweitens aus den vom Verteidiger angeführten Gründen und drittens, weil noch nicht einmal erwiesen sei, daß die behaupteten Tatsachen unwahr seien: zwischen den Aussagen der Zeugen Suchowiak, Ossowicki, Gaziorowski, Ciesielski, Karasiewicz auf der einen und der Aussage des Zeugen Versen auf der andern Seite klaffen Widersprüche, die noch nicht gelöst und nicht beseitigt seien. Er bäte um seinen Freispruch.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß das Gericht zwar für erwiesen hält, daß nicht alle in dem inkriminierten Aufsatz enthaltenen Behauptungen wahr seien, daß aber andererseits dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte, er hätte wissentlich unwahre Behauptungen verbreitet. Auch die Benennung des Verfassers des in Frage stehenden Teiles des Aufsatzes mußte einen Freispruch zur Folge haben.

Die Reparationsfrage.

Die erste Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 14. November. (Tel.-Un.) Die Reparationskommission hatte gestern nachmittag ihre erste Zusammenkunft nach ihrer Rückkehr aus Berlin abgehalten. Es war eine nichtöffentliche Sitzung, in der sämtliche Kommissionsmitglieder mit Einschluß des amerikanischen Vertreters mit der Prüfung der Berliner Vorschläge und der zu ihnen gehörigen Sachverständigengutachten begannen. Die Besprechungen hatten den Charakter einer Beratung, da die einzelnen Mitglieder auch ihre persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen von der Berliner Reise zur Sprache brachten. Der augenblickliche Stand der Reparationsfrage läßt sich nach Mitteilungen von gut unterrichteter Seite dahin zusammenfassen, daß die letzte deutsche Note, wie Herr Barthou und Herr Bradbury versicherten, nicht befriedige, daß sie aber den Weg zu weiteren Verhandlungen nicht abschneide. Der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission Fischer ist gestern aus Berlin hier angekommen und es ist anzunehmen, daß sich der weitere notwendige Meinungsaustausch eventuell in der Form eines weiteren Notenwechsels zwischen den beiden Kommissionen vollziehen werde. Von einer akuten Krise in den Verhandlungen dürfte also nicht die Rede sein. Das Programm der Reparationskommission ist halbwegs dadurch bestimmt, daß als vorläufiges Endziel ihrer jetzigen Beratungen die Brüsseler Konferenz anzusehen ist.

Reparations- und Schuldenproblem.

Paris, 14. November. Am Quai d'Orsay wurde gestern abend erklärt, die Beratungen der Reparationskommission werden voraussichtlich in 48 Stunden beendet sein. Die Kommission werde voraussichtlich feststellen, daß die in Berlin erörterten Fragen von den übrigen Schuldenproblemen nicht getrennt werden können und deshalb mit diesen auf der Brüsseler Konferenz zu behandeln sind. Die Brüsseler Konferenz hält man am Quai d'Orsay für gesichert.

Englisch-französischer Kompromiß in der Reparationsfrage.

Prag, 14. November. (Tel.-Un.) In einem Pariser Artikel der „Prager Presse" schreibt Millet, er habe Informationen erhalten, daß das englische Mitglied der Reparationskommission mit dem Eindruck aus Berlin abgereist sei, daß die deutsche Regierung sich über die Alliierten lustig mache und daß die von Frankreich in Aussicht genommenen Zwangsmaßnahmen unvermeidlich seien, wenn Deutschland fortfahre, die Finanzkontrolle abzulehnen. Millet fügt hinzu, der französische Delegierte Barthou sei mit dem Eindruck zurückgekehrt, daß die Herabsetzung der deutschen Reparationsschulden und zugleich die Bewilligung eines langfristigen Moratoriums unvermeidlich seien, und daß die Fragen auf der Brüsseler Konferenz erörtert werden müßten. Millet teilt weiter mit, daß auf Grund dieser beiden Anschauungen sich ein Kompromiß vorbereite, wonach England Zwangsmaßnahmen zustimmen würde, wenn Frankreich die deutsche Schuld reduziere und Frankreich werde zustimmen, daß die deutsche Schuld reduziert werde, auch wenn die Annullierung der interalliierten Schulden nicht erfolge. Millet schließt seinen Artikel mit dem Hinweis darauf, daß das englisch-französische Kompromiß bestehe, jedoch durch persönliche Schwierigkeiten bedroht sei.

Neues deutsches Angebot an die Reparationskommission.

Berlin, 13. November. (Tel.-Un.) Wie die Tel.-Union von gut unterrichteter Seite erfährt, gehen heute neue präzisierte Vorschläge der Reichsregierung an die Reparationskommission nach Paris ab, unter denen sich das deutsche Anerbieten befindet, daß die Reichsbank sich mit 500 Millionen Goldmark an einer internationalen Stabilisierung der deutschen Mark beteiligen wird.

Amerika und Europa.

London, 14. November. Nach einer Washingtoner Meldung äußerte Harding am Waffenstillstandstage in einer Rede, die Vereinigten Staaten seien sich jetzt klar darüber, daß sie sich den Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten nicht entziehen könnten, die ihnen als Mitglied der Gemeinschaft der Nationen oblägen.

Aus England.

Verrückte Wahlwetten in England.

Churchill, der sich jetzt wieder erholt hat, hat am Sonnabend in Dundee gesprochen; er wird dort von den Konservativen unterstützt, findet aber einen gefährlichen Gegner in E. D. Morel, der für die Arbeiterpartei kandidiert. In den Londoner Klubs werden jetzt allerlei sonderbare Wahlwetten abgeschlossen. Ein bekannter Anhänger Lloyd Georges wettete z. B., er wolle seinen Hut aufessen und drei Monate Abstinenzler sein, wenn nicht Lloyd George mindestens doppelt so viele Stimmen erhalte wie Asquith. Ein anderer Liberaler wettete 500 Pfund gegen eine Zahnbürste, daß Bonar Law nicht die absolute Mehrheit erreicht. Ein Unversöhnlicher (Die-hard) dagegen wettete einen Waggon Whisky gegen eine Flasche Sodawasser, daß die Konservativen den Sieg davontragen werden.

Churchill verlangt mehr Reparationen.

Churchill erklärte in seiner Rede in Dundee, er habe sich bei den letzten Wahlen zu der Eintreibung deutscher Reparationen in Höhe von 2 Milliarden Pfund Sterling verpflichtet. Die Ereignisse der letzten vier Jahre hätten ihn jedoch überzeugt, daß nicht der mindeste Grund bestehe, daß Deutschland nicht sogar 2½ Milliarden, und zwar in Jahreszahlungen von 120 Millionen Pfund Sterling, zahlen könne. England sei vollauf berechtigt, von seinen Schuldnern auf dem Kontinent und von Deutschland genügend Zahlungen zu fordern, die es instand setzen würden, seine Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten zu erfüllen.

Die Wahlen in England.

London, 14. November. Die Wahlen finden in ganz England am Mittwoch statt. Am Abend wurden die Wahlergebnisse aus 250 Stadtbezirken festgestellt. In anderen Stadt- und Landbezirken beginnt die Stimmenzählung am Donnerstag vormittag.

Berlin, 14. November. Wie aus London gemeldet wird, wütet im ganzen Lande das Wahlfieber. Es scheint jedoch, daß die Beteiligung nicht allzu groß sein wird, da es für die Wähler schwer ist, sich in der ungewöhnlich großen Zahl sowohl der konservativen als auch der liberalen Gruppen zu orientieren. Am Mittwoch abend werden die Ergebnisse aus London und einigen Großstädten bekannt sein. Man nimmt an, daß die Konservativen von 615 Mandaten 320 durchbringen werden. Somit wird Bonar Law eine unbedeutende Mehrheit haben. Was dann kommen wird, weiß niemand. Man nimmt nur an, daß sich die Notwendigkeit einer Koalition erweisen wird. Man weiß nicht, wer die Verhandlungen in dieser Sache führen soll.

Die Orientfrage.

Einladung Poincarés nach London.

Paris, 14. November. Der englische Botschafter Lord Hardinge hat heute morgen zu ungewohnter früher Stunde den angekündigten Schritt am Quai d'Orsay unternommen und im Namen der englischen Regierung Poincaré eingeladen, so schnell wie möglich zu einer Aussprache über die Bedingungen des Orientfriedens nach London zu kommen.

Paris, 18. November. An zuständiger Stelle wurde erklärt, es werde Poincaré mit Rücksicht auf die kommenden Verhandlungen kaum möglich sein, Paris zu verlassen. Außerdem legt die französische Regierung Wert darauf, daß Italien bei den Vorbesprechungen vertreten sei. Nach der italienischen Auffassung könne London als Ort einer Vorzusammenkunft nicht in Frage kommen. Frankreich und Italien haben dafür Paris, Nizza oder, was Frankreich am liebsten sehen würde, Lausanne vorgeschlagen. Während die Vorkonferenz nach den letzten Wünschen die Bedingungen des Orientfriedens behandeln soll, haben nach französischer Auffassung die Vertreter an zuständiger Stelle erklärt, es würde nur eine vorherige Verständigung über die Prozedur der Lausanner Friedensbedingungen in Frage kommen.

London, 14. November. Die englische Regierung hatte gestern durch Vermittlung Lord Hardinges eine Note Poincarés erhalten, in der dieser eine Zusammenkunft in Paris gegen Ende der Woche vorschlägt oder aber eine Unterhaltung in Lausanne zusammen mit Lord Curzon und Mussolini unmittelbar vor Beginn der eigentlichen Konferenzarbeit.

Auf diese Mitteilung hat das Foreign Office gestern dann durch die Note an den englischen Botschafter in Paris, Lord Hardinge, geantwortet, die im Laufe des heutigen Vormittags überreicht wurde. Soweit festgestellt werden konnte, betont die englische Regierung in dieser Note neuerdings die Haltung, die sie am Freitag abend festgelegt hat, d. h. daß sie sich in Lausanne nicht vertreten lasse, wenn nicht vorher ein vollkommenes Einverständnis über die großen Linien der auf der Konferenz zu befolgenden Politik zwischen den Verbündeten erzielt ist.

Lord Curzon betont ferner in dieser Note, er halte es für wünschenswert, daß diese Zusammenkunft nicht noch um acht Tage hinausgeschoben wird, und da er selbst London nicht vor nächstem Freitag verlassen könne, daß Poincaré am Dienstag oder Mittwoch nach London kommen müsse.

Rücktritt des deutschen Kabinetts.

(Sondermeldung des „Pos. Tagebl.".)

Danzig, 15. November. Nach Meldungen aus Berlin hat das deutsche Reichskabinett gestern seine Demission beschlossen. Der Reichskanzler hat sich gleich in der Nacht zu heute zum Reichspräsidenten begeben um ihm den Beschluß mitzuteilen. Nach unseren Informationen erscheint es nicht wahrscheinlich, daß Dr. Wirth noch einmal den Auftrag zur Kabinettsbildung übernehmen würde, falls ihm dieses vom Reichspräsidenten angeboten wird.

Die deutsche Regierungskrise.

Berlin, 14. November. In der deutschen Kabinettskrise trat am Montag eine bedeutsame Wendung ein. Der Reichskanzler erklärte den Vertretern der Vereinigten sozialdemokratischen Partei, daß er den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition für notwendig halte. Darauf fragten die Sozialdemokraten, ob das der Standpunkt der sämtlichen in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten bürgerlichen Fraktionen sei. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bejahten dies.

Am Abend trat daraufhin die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer Sitzung zusammen, in der sie ihre Stellungnahme durch eine Entschließung kundgab. Diese erinnert daran, daß die Fraktion in der Forderung der Stabilisierung der Mark als dringendste Forderung der inneren und äußeren Politik Deutschlands festhalte und nur in ein Kabinett eintreten könne, das diese Politik konsequent vertrete. In der bisherigen Stellungnahme der Volkspartei erblicke sie keine Garantie für die Durchführung der Stabilisierung und damit für die Forderung der endgültigen Lösung der Reparationsprobleme. Die Fassung dieses Beschlusses deutet darauf hin, daß immerhin weitere Verhandlungen der Sozialdemokratie mit der Volkspartei über die Stabilisierungsprobleme und damit gleichfalls über die Koalitionsfrage nicht ausgeschlossen sind.

Den Anlaß zu der Erklärung des Reichskanzlers gab ein von Stresemann unterzeichneter Brief des Fraktionsvorstandes der Volkspartei an den Reichskanzler, in dem von denjenigen Parteien, mit denen sie künftig zusammenarbeiten soll, die feste Erklärung verlangt wird, daß sie bereit seien, mit der Volkspartei zusammenzuwirken. Die gegenwärtige unklare Lage dürfe zum Schaden des Reiches nicht mehr länger andauern.

Infolge dieses Schreibens verhandelte die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichskanzler, worauf dieser die oben gemeldete Aufforderung an die Sozialdemokraten richtete. Diese Aufforderung hatte ultimativen Charakter, denn im Hintergrunde stand die Entscheidung über den etwaigen Rücktritt des Reichskanzlers. Sofort nach Schluß der kurzen Plenarsitzung des Reichstages, in der nur Anfragen und kleine Gesetzesvorlagen zur Beratung standen, traten die Fraktionen fast aller Parteien zu Sitzungen zusammen, und das Interesse richtete sich auf die Beratungen der Sozialdemokraten. Während dieser Verhandlungen hinter verschlossenen Türen durchschwirrten Gerüchte die Wandelgänge des Reichstages. Während die einen behaupteten, daß sich die Volkspartei trotz

Danziger Frühkurse vom 15. November.

Die polnische Mark in Danzig.... 46—47
Der Dollar in Danzig.... 7300—7400
Tendenz: fest.

ihrer Ablehnung an Dr. Wirth dennoch mit der Besetzung einiger wichtiger Ministerposten durch der Volkspartei nahestehende Persönlichkeiten abfinden würde, erklärten andere, daß die Situation nicht mehr zu retten und daß das Kabinett Wirth baldigst zurücktreten werde. Jedenfalls sind zur Stunde die Dinge noch völlig ungeklärt, und die politischen Kreise halten die Lage für sehr ernst. Während vor einiger Zeit die Möglichkeit von Neuwahlen für den Reichstag nur in den Reihen der Sozialdemokraten erörtert wurde, wird jetzt auch in Zentrumskreisen diese Möglichkeit ventiliert.

** **Völkische Gruppe im Reichstage.** Die drei Reichstagsabgeordneten von Graefe, Henning und Wulle, deren Fraktionszugehörigkeit bekanntlich von der Deutschnationalen Reichstagsfraktion aufgehoben wurde, haben sich beim Reichstagsbureau nunmehr als völkische Gruppe der Deutschnationalen angemeldet.

** **Die Kölner Unruhen. — 30 Personen verhaftet, 6 Polizeibeamte verletzt. — Versammlungsverbot für die Kommunisten.** Während den bereits mitgeteilten Unruhen sind im Kölner Stadtbezirk insgesamt rund 30 Personen in Haft genommen. Bei den Verhafteten wie bei den Demonstranten handelt es sich ganz vorwiegend um Jugendliche, offenbar von den kommunistischen Agitatoren aufgehetzte Elemente. Verletzt wurden im ganzen 6 Polizeibeamte. Festgenommen wurde auch eine Person, weil sie das Pferd eines berittenen Polizeiwachtmeisters mit einem Messer gestochen hatte. Im Gegensatz zu dem Verhalten der Düsseldorfer Besatzungsbehörde hat die britische Besatzungsbehörde der deutschen Polizei sofort ihre Hilfe zur Verhinderung weiterer Beunruhigung der Massen geliehen und angeordnet, daß die von dem kommunistischen Arbeiterkontrollausschuß für heute abend anberaumte Versammlung nicht stattfinden darf.

** **Die Kommunistenrevolte in Düsseldorf.** Trotz des Versammlungsverbotes des Regierungspräsidenten kam es heute nachmittag in Düsseldorf zu weiteren Demonstrationen und Massenansammlungen der kommunistischen Elemente. Die Polizei löste die in Massen abgehaltenen Versammlungen auf und die Menge zerstreute sich in einzelnen Gruppen, wobei es zu ernsteren Ausschreitungen kam. Dabei wurde auch die Druckerei des „Düsseldorfer Tageblattes", das politisch zur Zentrumspartei gehört, gestürmt. Arbeiter und Angestellte wurden aus den Betriebsräumen getrieben und die Betriebsanlage zerstört, so daß das Blatt nicht erscheinen kann. In anderen Stadtteilen wurden von weiteren Trupps Geschäfte geplündert und Fensterscheiben zertrümmert. Der Regierungspräsident hat die schärfsten Maßnahmen angeordnet, um für den Abend weitere Ausschreitungen zu verhindern.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 15. November.

An unsere Leser.

Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, mußten wir längere Zeit hindurch den Roman ausfallen lassen. Wir wissen, daß viele unserer Leser den gewohnten Unterhaltungsstoff unter dem Strich schmerzlich vermißt haben, und bedauern lebhaft, daß dieser Verzicht, wenn auch nur vorübergehend, nötig war. Nun ist die romanlose, die schreckliche Zeit bald zu Ende: Im Laufe der nächsten Woche beginnen wir mit dem Abdruck eines wertvollen, spannenden Romans, der, wie wir hoffen, den Beifall unserer Leser und — worauf es in diesem Fall vielleicht noch mehr ankommt — unserer Leserinnen finden wird.

Die Schriftleitung des „Posener Tageblatts".

Worte zur deutschen Altershilfe:

Das Mitleid ist nichts, die Hilfe ist alles!

Keiner von uns will, daß sein Vater, daß seine Mutter friert oder hungert. Sollten die Väter und Mütter anderer frieren und hungern, weil ihre Kinder ihnen nicht helfen können? Und sollen andere frieren oder hungern, weil sie nicht Väter oder Mütter sind, — weil keine Söhne, keine Töchter da sind, die ihnen helfen könnten?

Worte sind nichts, die Tat ist alles.

Geben, geben und immer wieder geben! Jede Träne, die unsere darbenden Alten weinen, muß unser Gewissen brennen und sengen.

Dr. Wilhelm Loewenthal,
Hauptschriftleiter des „Posener Tageblattes".

Postmarkenverkauf durch Zivilpersonen.

Das Post- und Telegraphenministerium erläßt eine Verfügung, nach der der Verkauf von Briefmarken auch Zivilpersonen gestattet wird. Dieser Verkauf ist nur dann gestattet, wenn die betreffende Person die nötige Erlaubnis der betreffenden Post- und Telegraphendirektion erhalten hat. Bevorzugt werden Invaliden, Witwen und Waisen der im Kriege Gefallenen, Witwen und Waisen von ehemaligen Postbeamten und Staatsbeamten. Derjenige, der Briefmarken verkaufen will, muß sich durch eine entsprechende Erlaubnis ausweisen können. Das Post- und Telegraphenministerium hat eine Verkaufsprovision ausgesetzt, und zwar von den ersten 5000 M. 2 v.H., von höheren Summen 1 v.H.

Diese Maßnahme des Postministeriums bedeutet gleichzeitig eine Bequemlichkeit für die Bevölkerung und ist daher zu begrüßen. Erwünscht erscheint jedoch der Wunsch an die Behörde, fortab nur solche Briefmarken in den Handel bringen zu lassen, die mit dem erforderlichen Klebstoff versehen sind. Die Briefmarken, die gegenwärtig verkauft werden, lassen in der Beziehung zum Teil nicht weniger als alles zu wünschen übrig. Die Klebmasse ist derart minderwertig, daß die Marken überhaupt nur noch unter Zuhilfenahme von anderem Klebstoff auf den Briefen haften bleiben oder schon nach kurzer Zeit abfallen, jedenfalls die Strapazen bis zum Bestimmungsorte nicht aushalten. Die Empfänger derartiger Briefe, Postkarten usw. laufen mithin stets Gefahr, Strafporto zu bezahlen, d. h. eine Strafe über sich ergehen lassen zu müssen, die sie unter keinen Umständen verwirkt haben. Deutsche Briefmarken werden schon seit Jahr und Tag nicht mehr mit Ersatzklebestoff versehen. Das müßte also auch hier in Polen ausgeschlossen sein.

Keine weitere Genehmigung zur Eierausfuhr. Das Ministerium für Industrie und Handel teilt mit daß sämtliche Gesuche um Genehmigung zur Ausfuhr von Eiern nicht berücksichtigt werden können, da das gesamte Ausfuhrkontingent, das durch das ministerielle Wirtschaftskomitee festgesetzt wurde, bereits erschöpft worden ist. Vor dem Frühjahr 1923 könne von einer Eierausfuhr nicht die Rede sein. — Wohin die bisherige Ausfuhr von Eiern in das Ausland geführt hat, haben wir gestern in dem Artikel „Ein Skandal" deutlich vor Augen geführt. Es darf vielleicht jetzt damit gerechnet werden, daß wir nunmehr wieder zu sog. „normalen" Preisen zurückkehren.

Ueber den Paketverkehr zwischen Polen und Danzig der bekanntlich seit dem 21. August d. Js. besteht, erfährt die „Danziger Zeitung" von der dortigen Post- und Telegraphenverwaltung, daß sich dieser bisher glatt abgewickelt hat und im Steigen begriffen ist. Von Polen nach Danzig wurden befördert: vom 21. bis 31. August 128 gewöhnliche Pakete, 114 Wertstücke, vom 1. bis 30. September 305 gewöhnliche Pakete 197 Wertstücke, vom 1. bis 31. Oktober 374 gewöhnliche Pakete und 221 Wertstücke; von Danzig nach Polen vom 21. bis 31. August 74 gewöhnliche Pakete, 11 Wertstücke vom 1. bis 30. September 323 gewöhnliche Pakete, 82 Wertstücke, vom 1. bis 31. Oktober 536 gewöhnliche Pakete und 167 Wertstücke.

Die Deutsche Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung in Polen (Ortsgruppe Posen) wird am Sonntag, dem 19. November, nachmittags 5 Uhr in Fiedlers Restaurant, Górna Wilda 47, ihre Monatsversammlung abhalten. Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn Steinhof „Einführung in die Volkswirtschaftslehre", 2. Rechnungslegung über das Stiftungsfest, 3. Besprechung über die Weihnachtsfeier. Die Mitglieder werden ganz besonders auf den Vortrag des Herrn Steinhof aufmerksam gemacht und gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste sind willkommen. Nach der Versammlung geselliges Beisammensein.

Deutsche Vortragsveranstaltungen. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die Vorlesung von Dr. Meister über E. T. A. Hoffmann am Freitag dieser Woche, dem 17. November, beginnt (6—7, Vereinshaus). Die zweite Stunde des polnischen Anfängerkursus findet in dieser Woche nicht am Donnerstag, sondern am Freitag statt (7—8, Vereinshaus). Die Stunden des englischen Kursus sind Dienstag 8 bis 10 (Anfänger) und Sonnabend 7 bis 9 (Fortgeschrittene). Französischer Kursus für Anfänger Freitag 8 bis 10, für Fortgeschrittene Donnerstag 8 bis 10. — Die Vortragsreihe „Polen" nimmt, wie schon mitgeteilt wurde, am Mittwoch, dem 29. November, ihren Anfang (in den Räumen des Vereins junger Kaufleute).

Deutscher Theaterverein. Wir machen unsere Leser zum letzten Male darauf aufmerksam, daß die Gerhart Hauptmann-Feier heute, Mittwoch, den 15. November, abends 7 Uhr pünktlich beginnt. Nach Beginn der einzelnen Teile werden die Saaltüren auf keinen Fall geöffnet werden.

Großes Theater. Mittwoch: Verdis „Maskenball". Freitag: Delibes „Lakmé". Sonnabend: erstes Sinfoniekonzert. Dirigent: Direktor Stermich. Solist: Professor Dańczowski (Cello). — Sonntag nachmittag: „Tosca" (ermäßigte Preise). — Vorverkauf bei Szrejbrowski, ul. Fredry 1.

X **Gewissenlos.** Man sollte meinen, daß bei dem jetzigen Verkaufspreise von 260 Mark für das Liter Milch die Produzenten ihre Rechnung reichlich finden und dafür einwandfreie Milch liefern. Daß diese Meinung irrig ist, beweist folgender Vorgang: Gestern, Dienstag hat ein Kriminalbeamter neun Wirten aus Kicin die gesamte Milch beschlagnahmt, weil sie entweder mit Wasser gefälscht oder entrahmt war.

X **Als Betrüger festgenommen** wurde gestern ein gewisser Wladislaus Wierzchaz, der längere Zeit ein sehr blühendes Geschäft betrieben hatte, indem er sich in Posen und Umgegend als Aufkäufer von Heu und Stroh für Militärmagazine ausgab. Verkäufe abschloß, dann aber, nachdem die Landwirte die Ware geliefert hatten mit dem dafür erlösten Gelde verschwand.

X **Schreibmaschinendiebstahl.** Aus einem Bureau in der ulica asna 4 (fr. Buddestr.) wurde eine Schreibmaschine, Marke „Adler", im Werte von einer halben Million Mk. gestohlen.

t **p. Jarotschin**, 14. November. In der Nacht zum Sonntag wurden auf dem Gute Rusko im hiesigen Kreise durch Einbruch in die Wagenremise ein schwarzer Chauffeurpelz, ein Kutscherpelz mit Bärenkragen, ein Schafpelz, ein blauer Überzieher und ein alter Gummimantel im Gesamtwerte von 3 Millionen Mk. gestohlen.

* **Mogilno**, 10. November. Der 17jährige Kozłowski sprang auf einen Kohlenwagen, um daraus Kohlen herauszuwerfen, die er dann stehlen wollte; beim Herabspringen vom Wagen geriet er unter die Räder des Eisenbahnzuges, die ihm beide Füße abschnitten. — Ein 18jähriger Bursche wollte die scheu gewordenen Pferde anhalten, wobei er unter einen Dampfpflug geriet, dessen Rad ihm über den Kopf fuhr, so daß er auf der Stelle getötet wurde.

* **Ostrowo**, 11. November. Am Sonntag abend wurde auf dem Bahngleise in der Nähe der Brücke von Zacharzewo die Leiche des 21jährigen Sylwester Grzesiak von hier gefunden. Die Leiche war von den Rädern des Zuges in zwei Teile geschnitten. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt.

* **Thorn**, 18. November. Unser früherer Oberbürgermeister Dr. Hasse, bisher Regierungsrat in Königsberg i. Pr. wurde zum Oberbürgermeister von Glogau gewählt und bereits in sein neues Amt eingeführt.

Danziger Mittagskurse vom 15. November.

Polnische Mark in Danzig 46½—47
Dollar in Danzig 7300

Neues vom Tage.

§ **Erdbeben in Chile.** Bei dem an der chilenischen Küste stattgefundenen Erdbeben wurden über 500 Häuser zerstört. Bisher wurden 200 Tote und 400 Verletzte gezählt. Das Gebiet, das von dem Erdbeben betroffen wurde, umfaßt einen Halbkreis von 200 Kilometern rings um die Hauptstadt Santiago. Da sämtliche Telegraphenleitungen im Lande und an der Küste zerstört wurden, sind nur wenige Nachrichten eingetroffen. Doch weiß man, daß namentlich im nördlichen Teil des Landes eine ungeheure Sturmflut, die zugleich mit dem Erdbeben auftrat, Teile der Hafenstädte wegrasiert hat. Am härtesten wurden Cogimbo und La Serena betroffen. Von Topiopa allein wird der Tod von über 100 Menschen gemeldet. Das Erdbeben muß einen großen Teil des südamerikanischen Kontinents betroffen haben. In Argentinien wurde es verspürt und in Buenos Aires blieben die Uhren stehen und die Lichter erloschen. Im Norden von Chile in der Gegend von Iquique und Autofagasta wurde durch ungeheure Wellenschläge das amerikanische Kabel zerstört. In ganz Südamerika herrscht eine panikartige Stimmung.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

R. Br. in M. Wegen Ihrer Altersrente müssen Sie sich an die Ubezpieczalnia Krajowa (fr. Landesversicherungsamt) in Posen, ulica Mickiewicza 2 (fr. Hohenzollernstr.) wenden. Dort erfahren Sie auch, ob die Ihnen gezahlte Rente richtig ist, was wir allerdings auch bezweifeln.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	13. November	14. November
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	—.—	175 + A
Kwilecki, Potocki i Ska.	675 + N	700—750 + N
Bank Przemysłowców	440-420-430 + N	500—480 + A
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	600—700 + A	750—800 + N
Polski Bank Handlowy, Poznań	530 +	550 + N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	375—400 + N	450—525 + A
Wielkopolski Bank Rolniczy	200 +	250 + N
Arcona (exkl. Zukaufsrecht)	1000 + A	1200—2000 + A
Bydgoska Fabryka Mydeł	275 + N	—.—
R. Barcikowski	400 + N	450—600 + A
Brzeski Auto I.—II. Em. (exkl. Kup.)	380—450 + N	525—650 + N
H. Cegielski I.—VIII. Em.	3000—3300—3150 + N	3700-3500-3000 + N
Centrala Rolników I.—V. Em.	300 + A	325—360 + A
Centrala Stór (exkl. Kup.)	800-1000-975 + N	1200—1400 bis 1200 + A
Dębienko	—.—	750 + N
C. Hartwig	550—600 + A	750-850-800 + A
Hartwig Kantorowicz (ex. Zukaufsr.)	1500—1600 + N	1800—2800 + N
Homosan I.—III. Em.	— —	450 +
Hurtownia Drogeryjna	300—320 + A	350-400-300 + A
Hurtownia Związkowa	300 + N	350—300 + A
Hurtownia Stór I.—II. Em.	450 + N	500—650 +
Herzfeld-Viktorius	1200—1500 + N	2000—2100 bis 1500 + A
Juno (exkl. Kup.)	900 + N	1200—1100 +
Lubań, Fbr. przetw. ziemn. (exkl. Kup.)	8300—9100 + N	9300 +
Dr. Roman May	4000—5300 + N	5800—6300 bis 6000 + A
Młyny i Tartaki Wągrowieckie	900 + N	—.—
Młyn Ziemiański	1300—1600 + N	1800—2000 + A
Orient	400—420 + N	425—400 + A
Płótno	900—1000 + N	1000 +
Pavlernia, Bydgoszcz	700 + N	700-725-700 + N
Patria (exkl. Zukaufsrecht)	1200—1350 + N	1500—1400 + A
Pozn. Spółka Drzewna I.—V. Em.	1500—1700—1500 + A	1350—1400 bis 1200 + A
Spółka Stolarska (exkl. Zukaufsrecht)	1500 +	1480—1500 bis 1450 + A
Sarmatia I.—II. Em.	1000 +	1000—900 + A
Słomą	450—500 + A	—.—
Tri	400—450 + A	450—400 +
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	1900—3000 +	3500—2800 bis 2850 + A
Waggon Ostrowo	500 + A	450—600 + N
Wisła, Bydgoszcz	3000 + N	—.—
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	700—1025 + N	1200—550 + A
Żar I. u. II. Em.	—.—	3000 + N
Zjedn. Browary Grodziskie	—.—	1000—1050 + N

Auszahlung Berlin 220—50—25. Umsatz: 5 100 000 deutsche Mark.
A = Angebot, N = Nachfrage, + = Umsatz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 15. November 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	49 000—51 000	Roggenkleie	14 000
Roggen	27 300—28 300	Fabrikkartoffeln	2 400
Braugerste	30 500—31 500	Speisekartoffeln	—.—
Hafer	26 000—27 000	Felderbsen	40 000—45 000
Weizenmehl 65% (inkl. Säcke)	74 000—77 000	Viktoriaerbsen	60 000—65 000
Roggenmehl 70 (inkl. Säcke)	42 300—43 300	Getreidestroh, lose	7 500
Weizenkleie	14 000	„ gepr.	9 000
		Heu, lose	7 200
		„ gepr.	9 000

Ohne Interesse. — Stimmung: ruhig.

Der Berliner Börsenbericht vom 14. November fällt aus, da am Dienstag keine Notierungen stattfanden.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für den politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herrmann-Meyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Brillanten Platin, Gold und Silber kauft **W. Kruk, Juwelier** ul. 27. Grudnia 6. (431

Wir kaufen laufend jeden Posten **Heringsfässer** und zahlen die Höchstpreise. „Rola", Rawicz. Telephon 149 u. 115. (4020

Kaufe jeden Posten lebende Feldgänse und Puten, auch geschlachtete Gänse von 9 Pfund aufwärts, Puten, Hasen, Fasanen und Rehe. Offerten mit Preisang. erbittet L. Wyszomirski, Poznań, Ritterstr. 38.

Geodätische Meßinstrumente und Klavier (Stutzflügel) zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote unt. Teodolit 4023 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Amerika-Reisende erhalten jede Auskunft durch C. V. B. „Express", Schneidemühl, Agentur für Passagier- u. Reisegepäckversicherung des Nordd. Lloyd, Bremen. 9772

Roßhaare 4500.—, Zahle 2000 Mk. für einen künstlichen Zahn. Auch ganze und zerbrochene Gebisse kauft Poznań, św Marcin 34, Kallmannsohn.

Für Schafwolle zahlen Höchstpreis, auch tauschen geg. Strickwolle um Poznańska Fabryka Sukna Annahmestelle: św. Marcin 56. I. Telephon 2031.

Möbl. Zimmer zum 1. oder 15. Dezember von jungem, soliden Herrn bei deutscher Familie gesucht. Gefl. Off. unter S. 4006 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Schwarzes Ecke-**Pianino** und ein braunes Klose-**Pianino** stehen zum Verkauf. Max Wambeck, Janówiec. 4001

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, am Montag, dem 13. d. Mts, nachm. 5¼ Uhr nach kurzem, schwerem Krankenlager meinen heissgeliebten, herzensguten Mann, den treuen Vater meiner beiden Buben, unsern lieben Bruder, Schwager, Schwiegersohn, Onkel und Neffen, den Lehrer

Fritz Hofert

in Kamionki, früher Steindorf

im fast vollendeten 34. Lebensjahre zu sich zu nehmen.

Um stille Teilnahme bittet im Namen aller Trauernden die tiefgebeugte Witwe

4020 **Martha Hofert, geb. Franke.**

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 18. d. Mts., nachm. 3 Uhr in Kamionki statt.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb plötzlich am 13. November d. Js. abends 11 Uhr mein lieber guter Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwiegervater und Onkel

Carl Kalus

im 61. Lebensjahre.

Er folgte seinem vor 14 Tagen im tiefen Polen zu Lida verstorbenen Sohne Kurt in die Ewigkeit.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Poznań, ul. Wroniecka 13, den 15. November 1922.

Die Beerdigung findet Freitag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schillingsfriedhofes aus statt.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch, den 15. 11., abends 7½ Uhr: **„Bal Maskowy"** (Maskenball). Oper von Verdi.
Freitag, den 17. 11., abends 7½ Uhr: **„Lakme"**, Oper von Delibes.
Sonnabend, den 18. 11., abends 7½ Uhr: **Erstes Symphoniekonzert.**

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ulica Fredry 1.

Eine Adler-Schreibmaschine

Nr 40559 wurde Dienstag abend 7½ Uhr aus einem Bureau ul. Jasna 5 **gestohlen.** Wer Mitteilungen zur Wiedererlangung der Maschine machen kann, erhält eine **hohe** Belohnung. Vor Ank. wird gewarnt. Mitteilungen nimmt das 7. Polizeikommissariat, Staszyca 14 entgeg.

Am 13. d. Mts. entriß uns ein schneller Tod den Vorsitzenden unseres Aufsichtsrats

Herrn Lehrer Hofert,

Kamionki.

Wir verlieren in dem Verstorbenen den treuesten Förderer unserer Sache. Ausgerüstet mit guter Tatkraft, großen Kenntnissen und goldenem Herzen, blieb er der unentbehrliche und nicht zu ersetzende Berater.

Er bleibt uns unvergeßlich. [4031

Spar- und Darlehnskasse Steindorf

Sp. z. s nieogr. odp.

Drange. **Mayer.**

Am 13. November 1922 schied mitten aus seinem arbeitsreichen Leben unser guter Lehrer

Herr Hofert.

Seine Schaffensfreude und vorbildliche Pflichttreue, sein offenes Wesen und guter Charakter machten ihn bei uns und besonders bei unseren Kindern zu einem lieben Lehrer. Unser Verlust ist unersetzlich, die Trauer unermeßlich.

Kamionki, den 14. November 1922.

Die ev. Schulgemeinde.

Der Schulvorstand.

Jahns. **Seidel.**

[4032

Am 13. November d. J. starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Freund

Fritz Hofert

Lehrer in Kamionki.

Seine Liebe zu und sein Leben mit uns war sehr vorbildlich, und wir werden immer gerne seiner gedenken.

Deutscher Bauernverein

Kamionki und Umgegend.

Der Vorsitzende Drange.

[4033

Nach schwerem, arbeitsreichem Leben starb unsere liebe Mutter, Schwieger- u. Großmutter

Frau Julie Hitziger,

geb. **Köppen.**

Im Namen aller Trauernden
Familie Zeisler.

Poblesie, den 12. November 1922.

Das Begräbnis findet Donnerstag, den 16. d. Mts., nachm. 2 Uhr von der Kirche in Polajewo aus statt.

Colosseum św. Marcin 65.

Vom 13. bis 19. November 1922

Die letzte Liebe

des

Herzog von Reichstadt

Gewaltigen Eindruck hervorrufendes Drama des unglücklichen **Sohnes Napoleons** in 6 Akten.

In der Hauptrolle: Lya Mara.

Colosseum św. Marcin 65.

TEATR PALACOWY

Täglich

Robinzon Kruzoe

nach dem unsterblichen Werk von **Daniel Defoe.**

Anfang der Vorstellungen wochentags um **4, 6** und **8** Uhr, an Sonn- und Feiertagen um **4,** letzte Vorstellung um **8** ½ Uhr. Für die Jugend Eintritt zur ersten Vorstellung gestattet.

Bekanntmachung.

Die VII. Ausstellung u. Versteigerung

von Zuchthengsten und Stuten sowie Reit- und Wagenpferden

findet am

Donnerstag, d. 23. November 1922 in Gniezno

in den Stallungen der **Stadnina Rządowa (Landgestüt)** statt.

Vorführung der Pferde von 8—10 Uhr. Anfang der Versteigerung 10 Uhr. Der Katalog ist erhältlich in der **Wielkopolska Izba Rolnicza, Poznań** oder wir versenden denselben auf Wunsch gegen Nachnahme.

Związek Hodowców Koni a Szlachetnego w Wielkopolsce

Poznań, ul. Mickiewicza 33.

Tragen Sie der vielen Vorteile wegen PALMA

Kautschuk Absätze und Sohlen

Palma-Kauczuk (Sp. z ogr. odp.) Skład fabryczny Poznań, Kaubowa 18. Telephon 60-16. [9735

Stellenangebote

Klempner,

auch m. Installation vertraut, gesucht. Angeb. m. Lohnforderungen an **G. Schaltmann, Kawicz.** 4024

Nach **Deutschland** sucht: Deputatjam. mit Hofgänger Schäfer Stellmacher usw. **Paul Schneider,** Stellenvermittler **Poznan, św. Marcin 48.** Rückporto erb. (4020

Daselbst ein **Fuchskragen** zu verkaufen.

Komme für die Schulden meiner Frau Martha Miehl nicht auf. (4022

Miehl, Poznań,
św. Marcin 52/53.

Stellengesuche

Suche für meine Nichte die in Schneiderei erfahren ist u. im Hau h lt sich vervollkommnen möchte. Stellung als

Stütze.

Angebote unter **D. 4017** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Evangel. Pfarrstelle Sątopy

(Sontop), pow. Nowy Tomyśl,

wird **durch Versetzung** demnächst frei. 1 Kirche, warmes, wohnliches Haus, schöner Garten, schönes Dorf, angenehme Gemeindeverhältnisse. 975 Seelen. **Bahnstation:** Strecke **Posen—Bentschen. — Nowy Tomyśl 6 km** — Sehr empfehlenswerte Stelle. Besetzung durch Konsistorium, an das Bewerbungen zu richten sind. Weitere Auskunf erteilt

4025] **Pastor Knapp in Sątopy.**

Unverheirateter Brennereiverwalter

der mit **elektr. Lichtanlage** vertraut ist, für **sofort** oder später **gesucht.** [4018

Dominium Bucz, pow. Smigiel.

Wir suchen für sofort einen

deutschen Bürobeamten,

welcher die polnische Sprache in Wort und Schrift vollkommen beherrscht. Meldungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf an das [4028

Prinzliche Wirtschaftsamt Trębaczów

pow. Kępno.

Lederhandlung Pommerellens sucht ehrl., strebsamen

Verkäufer, der deutsch. u. poln. Sprache in Wort u. Schrift mächtig. Zeugnisse u. Gehaltsanspr. bei freier Wohnung und Beköstigung zu richten unt. 4029 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Sekretärin (Buchhalterin)

zum **möglichst baldigen Antritt,** bei freier Station und Wohnung, **gesucht.** Polnische und deutsche Korrespond., möglichst Maschine schreib. — Zeugnisabschr. und Gehaltsansprüche, Photographie erbittet [4026

Bleeker-Kohlsaat, Wielka Słupia

bei Ś oda.

Eine Aktien Gesellschaft in Kattowitz sucht eine flotte

Stenotypistin,

der deutsch polnischen Sprache mächtig. Ausführliche Angebote mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschr. sind zu richten unt. **10082** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zuverlässige Zeitungsausträger,

Frauen oder schulfreie Kinder werden für die Innenstadt sofort eingestellt. (9442

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt

ulica Zwierzyniecka 6.

Aufwartefrau für einige Stunden vormittags z. 1. Dez. ges. Zu melden **ul. Małeckiego 12** II. Etage, Vorderhaus, 2. Eingang bei der Bäckerei.

Suchen Sie Käufer? [9231

Für festentschlossene zahlungsfähige Käufer suchen wir **Güter, Landwirtschaften, Ziegeleien, Fabriken, Geschäfts- und Hausgrundstücke** sowie Geschäfte aller Art.

Meckelburg & Co.

Handelsfirma, Zentrale Poznań, Jeżyce, ul. Patr. Jackowskiego 35

Erhalt' Dir Deine teuren Schuh', Verwende nur Urbin dazu!

Hersteller: **Urbin-Werke Chemische Fabrik G. m. b. H., Danzig, am Troyl.**

Offerieren [429

31—32% deutsche Kalisalze

unter Garantie sofortiger Lieferung

Poznański Bank Ziemian

Oddział Rolniczo-Handlowy Centrale Poznań, ul. Podgórna 10, Hochpart.

Filialen: Warszawa, Bydgoszcz, Grudziądz, Leszno, Ostrów.